06.02.2020

DR. HUBERTUS KNABE

Operationsgebiet Bundesrepublik

Die „Westarbeit“ des MfS

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfSl wird gemeinhin als ein in erster Linie nach innen gerichtetes Repressiv- und Überwachungsorgan wahrgenommen. Tatsächlich gehörte aber die „Arbeit in und nach dem Operationsgebiet", wie das MfS den Westen nannte, von Anbeginn zu den Schwerpunktaufgaben der DDR-Geheimpolizei. Nach der Niederschlagung der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 wurde der bis dahin eigenständig arbeitende „Außenpolitische Nachrichtendienst" (APN) der DDR unter Markus Wolf in das MfS integriert. Im Statut vom Oktober 1953 wurde das Recht verankert, gleichermaßen „in Westdeutschland, Westberlin und in der DDR effektiv arbeitende Agenturen zu errichten und zu unterhalten". Der Aufsatz für den Katalog zur Ausstellung „Duell im Dunkel. Spionage im geteilten Deutschland“ der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschreibt die Entwicklung dieser Westarbeit, ihre Strukturen und Methoden, aber auch das Agentennetz und die Formen politischer Einflussnahme.

In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig (Hg.): Duell im Dunkel. Spionage im geteilten Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 63-73.

Hubertus Knabe

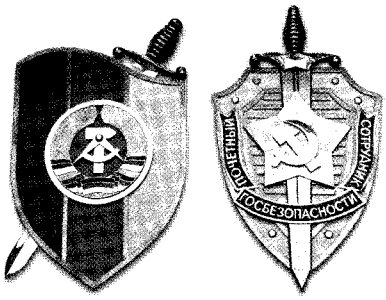
Operationsgebiet Bundesrepublik

Die „Westarbeit" des MfS

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) wird gemeinhin als ein in erster Linie nach innen gerichtetes Repressiv- und Überwachungsorgan wahrgenommen. Tatsächlich gehörte aber die „Arbeit in und nach dem Operationsgebiet", wie das MfS den Westen nannte, von Anbeginn zu den Schwerpunktaufgaben der DDR-Geheimpolizei. Schon bei der Gründung des Ministeriums im Februar 1950 rechnete der damalige Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, vor der Provisorischen Volkskammer den „entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione" zu den Hauptaufgaben des Ministeriums. Nach der Niederschlagung der Volkserhebung vom 17. Juni 1953 verstärkte der Staatssicherheitsdienst seine „Westarbeit", um die Behauptung der DDR-Führung zu bestätigen, dass die „Drahtzieher" im Westen säßen. Der bis dahin eigenständig arbeitende „Außenpolitische Nachrichtendienst" (APN) der DDR unter Markus Wolf wurde in das MfS integriert. Im Statut vom Oktober 1953 wurde ausdrücklich das Recht verankert, gleichermaßen „in Westdeutschland, Westberlin und in der DDR effektiv arbeitende Agenturen zu errichten und zu unterhalten".

Markus Wolf: Chef der Auslandsspionage des MfS von 1953 bis 1986

Die Bedeutung der „Westarbeit" erklärt sich vor allem aus der ideologischen Grundüberzeugung der SED, wonach der „Klassenfeind" im Westen das sozialistische System in Ostdeutschland beseitigen wolle. Das MfS, das sich als „Schild und Schwert" der Partei verstand, hatte die Aufgabe, alle seine „Angriffe" zu erkennen und abzuwehren und mitzuhelfen, die Bedingungen für den weltweiten Sieg des Kommunismus zu schaffen. Der Feindbegriff umfasste dabei nicht nur die Regierung, das Militär, Parteien oder Unternehmen der Bundesrepublik, sondern auch Kirchen, Medien, gesellschaftliche Gruppen sowie die einzelnen Bürger. Zudem gewann die Wirtschaftsspionage immer größere Bedeutung. Die besondere Lage im geteilten Deutschland mit der anfangs offenen Grenze in Berlin, der gemeinsamen Sprache und den vielfältigen grenzüberschreitenden Verbindungen erleichterten die nachrichtendienstlichen Operationen im Westen. Auch die „Freunde" – wie der sowjetische Brudergeheimdienst KGB genannt wurde – legten großen Wert auf die Ausschöpfung der herausragenden Spionagemöglichkeiten des DDR-Staatssicherheitsdienstes.



„Schild und Schwert der Partei": Wie bei ihrem Vorbild, dem sowjetischen KGB, findet sich dieser Anspruch der Staatssicherheit im Emblem wieder

Die Mitte der 1950er Jahre langsam einsetzende politische und militärische Entspannung zwischen Ost und West führte nicht zu einer Verringerung, sondern zu einem Ausbau der „Westarbeit" des MfS. Auch der Bau der Berliner Mauer im August 1961, der die DDR nicht nur nach innen, sondern ebenso nach außen hermetisch abriegelte, hatte nicht zur Folge, dass das MfS seine Tätigkeit im Westen reduzierte. Die Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten in den 1970er und 1980er Jahren nahm das MfS zum Anlass, die nachrichtendienstlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik noch weiter auszudehnen. Es fürchtete jedoch, dass die geistigen Einflüsse aus dem Westen zunehmen könnten, und geißelte diese mit einer

Erich Mielke amtierte von 1957 bis 1989 als Minister für Staatssicherheit

eigenen „Theorie" der „Politisch-ideologischen Diversion" (PID), deren „Zentren" in der Bundesrepublik ausgeforscht und bekämpft werden müssten. Paradigmatisch für das Herangehen ist die Zentrale Planvorgabe für den Zeitraum 1976 bis 1980, in der der langjährige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, verlangte: „Es kommt darauf an, alles zu erkunden und zu nutzen, was der Politik der Partei gegenüber der BRD und Westberlin nützt, und alles aufzuklären, was dieser Politik entgegenwirkt und was sich gegen unsere Republik richtet."

Strukturen und Methoden

Im Unterschied zu anderen Staaten waren in der DDR innere Überwachung („Abwehr") sowie Auslandsspionage („Aufklärung") seit 1953 in einem Apparat vereinigt. Die Behauptung des langjährigen Spionagechefs der DDR, Markus Wolf, dass die „Aufklärer [...] nicht verantwortlich für die Unterdrückung im Innern des Landes" gewesen wären, gehört deshalb ins Reich der Legenden. Trotz einiger institutioneller Sonderrechte der für „Auslandsaufklärung", „Gegenspionage" und „aktive Maßnahmen" im Westen zuständigen Hauptverwaltung A (HV A) waren innere und äußere Aktivitäten eng miteinander verzahnt. Wolf selber war Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit.

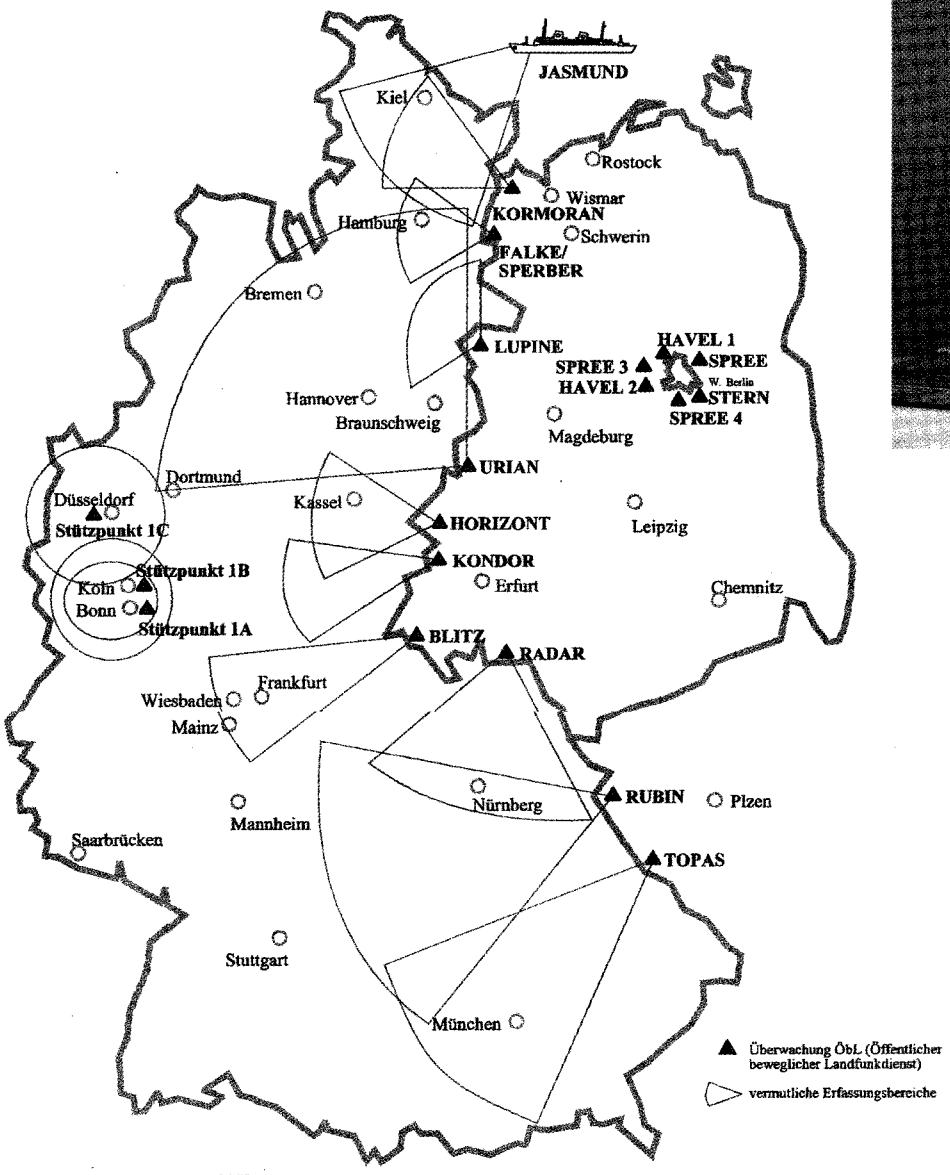
Im Apparat des MfS bildete die HV A die größte Diensteinheit: Auf horizontaler Ebene untergliederte sie sich in 16 Abteilungen und mehrere ständige Arbeitsgruppen; zudem verfügte sie in Gosen bei Berlin über eine eigene Schule. Insgesamt arbeiteten für sie zuletzt (1989) 3819 hauptamtliche und 16 907 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) sowie 967 geheime „Offiziere im besonderen Einsatz". Mit Agenten in der Bundesrepublik operierten insbesondere die Abteilungen I („Aufklärung des Staatsapparates"), II („Aufklärung der Organisationen und Parteien"), IV („Militärische Aufklärung"), IX („Äußere Spionageabwehr") und X („Aktive Maßnahmen") sowie der „Sektor Wissenschaft und Technik" (SWT). Darüber hinaus verfügte die HV A in den 15 Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit über eigene Dependancen (Abteilungen XV) mit weiteren 925 hauptamtlichen Mitarbeitern. In den 218 Kreisdienststellen arbeiteten ihr spezielle Offiziere für Aufklärung zu, sodass die Gesamtzahl der für die HV A tätigen Mitarbeiter etwa 5000 betrug.

Neben der HV A beteiligte sich aber auch der große Apparat der „Abwehr" an der „Westarbeit". Insgesamt beschäftigte das MfS rund 91 000 hauptamtliche und 180 000 Inoffizielle Mitarbeiter. Besondere Bedeutung kam in diesem Zusammenhang den Hauptabteilungen II („Spionageabwehr"), VI („Paßkontrolle"), VIII („Ermittlungen"), XVIII („Volkswirtschaft") und XXII („Terrorabwehr") zu. Eine große Rolle spielten auch die für Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller zuständige Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG), die für Postkontrolle verantwortliche Abteilung M sowie die Hauptabteilung XX, die unter anderem Kirchen und Universitäten, Künstler und Schriftsteller, Jugendliche und Oppositionsgruppen in der DDR kontrollierte. Die meisten dieser Abteilungen, die in den Bezirken jeweils Dependancen besaßen, waren für bestimmte „Objekte" in der Bundesrepublik zuständig, in die sie mit ihren IM einzudringen versuchten.

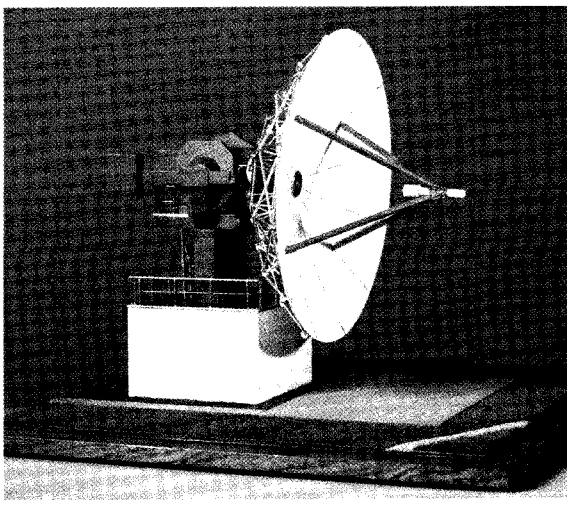
Anders als in der DDR stützte sich das MfS bei der Informationsbeschaffung aus dem Westen in starkem Maße auch auf technische Quellen, die weniger Risiken mit sich brachten. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Hauptabteilung III („Funkaufklärung"), deren 2361 Mitarbeiter mit großem Aufwand den Äther ausspionierten. Von speziellen Abschöpfstützpunkten an den Grenzen, aber auch aus diplomatischen Einrichtungen wie der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn belauschte man nicht

nur den Funkverkehr in der Bundesrepublik, sondern auch Telefongespräche aus dem Auto sowie Ferngespräche, die über die Richtfunkstrecken der Bundespost übertragen wurden. Etwa 100 000 Telefonanschlüsse in der Bundesrepublik standen ehemaligen MfS-Mitarbeitern zufolge unter „Zielkontrolle", darunter die Autotelefone des *Bundespräsidenten und sämtlicher Mitglieder der Bundesregierung. Alle ein- und* abgehenden Gespräche wurden auf diese Weise automatisch mitgeschnitten. In der Berliner Stasi-Akten-Behörde existieren deshalb mehrere hunderttausend Abhörprotokolle aus dem Westen. Ihre noch immer große politische Brisanz zeigte die – erfolgreiche – Klage des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl gegen die Herausgabe der Akten.

Wichtige Stützpunkte der Funk- und Fernmeldeaufklärung der Hauptabteilung III, u. a. zum Abhören des Autotelefonverkehrs



Zusammengestellt von A. Schmidt, BStU, nach Vorlagen der Abt. 6 der HA III



Modell einer Abhöranlage des MfS, 1980er Jahre

Das IM-Netz

Inoffizielle Mitarbeiter anzuwerben war im Westen naturgemäß schwieriger als in der DDR, da die Druck- und Zugriffsmöglichkeiten der SED-Diktatur fehlten. Die Tätigkeit für das MfS wurde in der Bundesrepublik zudem als Straftat verfolgt und vom Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet. Gleichwohl gelang es dem DDR-Geheimdienst mittels ausgeklügelter Strategien, auch in Westdeutschland mehrere tausend IM zu gewinnen.

Eine der Methoden bestand darin, westdeutsche Studenten, zu denen man Kontakt bekommen hatte und die der Bonner Regierung kritisch gegenüberstanden, als „Perspektiv-IM" anzuwerben, um sie später im Zuge ihres normalen beruflichen Werdegangs in die „Hauptobjekte des Feindes" einzuschleusen. So wurde zum Beispiel die spätere Spitzenquelle in der Brüsseler NATO-Zentrale, Rainer Rupp alias „Topas", 1968 in Mainz am Rande einer Demonstration gegen die Notstandsgesetze angesprochen und anschließend geworben. Auch Studenten, die ihre Verwandten in der DDR

Rund 40 Schautafeln propagierten in Fluren und Räumen der Schweriner Bezirksverwaltung des MfS Geschichtsauffassung, Vorbilder und Feindbilder

besuchten oder auf den Transitstrecken von und nach Berlin reisten, wurden vom MfS kontaktiert. An bundesdeutschen Universitäten hatten „Stützpunkt-IM" – in der Regel Professoren – die Aufgabe, unter ihren Studenten nach Nachwuchsagenten Ausschau zu halten.

Ein anderer Weg war die „Romeo-Methode": Männliche IM stellten dabei zu ausgewählten Frauen, meist Sekretärinnen, eine Liebesbeziehung her, um sie anschließend „aus Liebe" zur Spionage zu bewegen. Das Verfahren kam insbesondere dann zum Einsatz, wenn das MfS keine ideologischen Anknüpfungspunkte fand. 1970 erteilte HVA-Chef Wolf zwei führenden Mitarbeitern sogar den Auftrag, eine „Doktorarbeit" zu dem Thema anzufertigen.

Häufig wurden auch DDR-Bürger, die sich dem MfS verpflichtet hatten, unter falscher Identität oder als „Flüchtlinge" und „Übersiedler" getarnt in die Bundesrepublik eingeschleust. Der bekannteste von ihnen war der so genannte Kanzleramts-

spion Günter Guillaume, der 1956 nach Frankfurt am Main ausgesiedelt wurde, um als „rechter" Sozialdemokrat Quellen in der SPD zu erschließen. Nachdem er sich in der Main-Metropole jahrelang hochgedient hatte, wurde er im Zuge des Bonner Machtwechsels 1969 im Bundeskanzleramt angestellt. Der devote Mitarbeiter stieg zum persönlichen Referenten des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt auf und war von nun an ständig an seiner Seite. Nach der Enttarnung Guillaumes 1974 sah sich Brandt deshalb gezwungen, seinen Rücktritt zu erklären.

Günter Guillaume, Willy Brandt und Holger Börner während einer Wahlkampfveranstaltung der SPD 1972 in Hessen

Die Erfolge bei der Quellengewinnung wurden regelmäßig abgerechnet. 1969 berichtete Markus Wolf an Erich Mielke: „Die Abteilung I konnte in zwei Hauptobjekten (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bundesministerium für Wirtschaft) erstmalig Quellen schaffen. [...] Zwei Vorgänge, Sekretärinnen in CDU-Spitze, befinden sich vor Abschluß der Werbung. Zwei Vorgänge, Bundestagsabgeordnete der SPD, konnten von der politischen Kontaktierung in die Phase der Abschöpfung politischer Informationen übergeleitet werden. Ein IM wurde in die Friedrich-Ebert-Stiftung eingeschleust [...]."

Das auf diese Weise aufgebaute IM-Netz im Westen Deutschlands liegt zu großen Teilen noch im Dunkeln. Da die HVA vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ihr Archiv in Eigenregie auflösen durfte, konnte sie fast alle Aktenvorgänge vernichten. Später wurde bekannt, dass die CIA 1990 eine Kopie der Personenkartei der HVA an sich bringen konnte, doch diese Unterlagen werden – anders als im Stasi-Unterlagen-Gesetz vorgesehen – vom US-Geheimdienst, von der Bundesregierung und von der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bis heute geheim gehalten.

Nach wie vor ist nicht einmal die genaue Zahl der West-IM bekannt. Eine Stichprobenzählung in der zentralen Personenkartei des MfS („F 16") ergab, dass hochgerechnet zwischen 17 000 und 23 000 Bundesbürger als IM für das MfS tätig waren. Allerdings wurden bei der Auflösung des MfS zahlreiche Karten aus der Kartei entfernt, darunter sämtliche der HVA, die noch hinzugezählt werden müssten; ihre Zahl lässt sich nur ungefähr bestimmen. Nach einer Auswertung der in den USA lagernden Personenkartei der HVA in der „Aktion Rosenholz" ergingen vom Bundesamt für Verfassungsschutz zu 1875 Personen Meldungen an die für Spionagedelikte zuständige Bundesanwaltschaft. Die Zahl der Quellen, die in einer mittlerweile entschlüsselten Datenbank der HVA allein für den Zeitraum 1969 bis 1987 registriert sind, liegt mit 4715 allerdings erheblich höher. Insgesamt wird die Zahl der West-IM deshalb auf 20 000 bis 30 000 geschätzt.

Entsprechend dem eingangs beschriebenen Feindbegriff des MfS verteilten sich die West-IM auf alle wichtigen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der Bundesrepublik: Politik, Wirtschaft, Militär, Geheimdienste, Hochschulen, Kirchen, Verbände sowie

über 220 „feindliche Stellen", von denen die Staatssicherheit eine Gefährdung der SED-Herrschaft ausgehen sah. Allein im Bereich der politischen Parteien sind bislang rund 120 Agenten enttarnt worden, darunter acht frühere Bundestagsabgeordnete und zwei Europaabgeordnete. Insgesamt bearbeitete die HVA im Westen über 1000 Zielobjekte, aus denen sie fortlaufend Informationen zu beschaffen suchte. In einer unvollständig überlieferten Feindobjektkartei („F 17") sind sogar über 20 000 Einrichtungen, Telefonanschlüsse und Kfz-Kennzeichen im Westen erfasst.

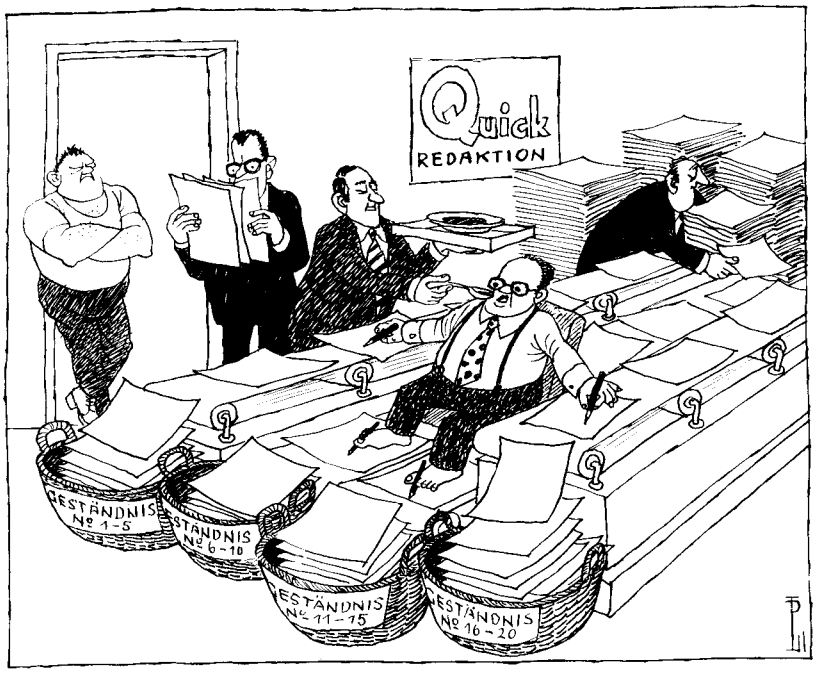
Informationsbeschaffung und politische Einflussnahme

Inoffizielle Mitarbeiter im Westen sorgten für einen kontinuierlichen Informationsstrom. Allein in der Datenbank der Auswertungsabteilung VII der HVA wurden zwischen 1969 und 1987 über 1 800 000 Berichte registriert – ohne die Ergebnisse der Wirtschaftsspionage. Fast jede zweite Information floss weiter an den sowjetischen Geheimdienst. Wirtschafts- und Militärspione beschafften zudem umfangreiche technische Dokumentationen, wie aus einem „Kurzbericht" des „Sektors Wissenschaft und Technik" aus dem Jahr 1971 hervorgeht. Danach hatte das MfS unter anderem „die wesentlichen Nachfolgetypen des Starfighters (geplante und in der Planungsdiskussion befindliche) vollständig oder in wichtigen Teilen dokumentiert" und im Auftrag des KGB „die Entwicklungsberichte über das Atomschiff ‚Otto Hahn' der westdeutschen Imperialisten" besorgt.

Bei der „Westarbeit" ging es dem MfS jedoch nicht nur um Informationsbeschaffung, sondern auch um politische Einflussnahme. Deshalb versuchte es, durch Agenten zugunsten der DDR und den ihr nützlich erscheinenden Kräften zu intervenieren, was am linken Rand der SPD und der Grünen naturgemäß leichter war als in der Union oder bei der NPD, wenn die Agenten nicht ihre Enttarnung riskieren wollten. Durch Akten dokumentiert ist beispielsweise, wie die frühere Europaabgeordnete der Grünen, Brigitte Heinrich, durch das MfS politisch instruiert wurde. Bei der FDP wirkte unter anderem der ehemalige Berliner Landesvorsitzende und spätere Bundestagsabgeordnete William Borm für das MfS. Er wurde von Markus Wolf persönlich angeleitet, und viele seiner Reden und Manuskripte wurden direkt in Ost-Berlin verfasst. Bei der Union fällt insbesondere der Fall des CDU-Abgeordneten Julius Steiner ins Gewicht, der 1972 beim Misstrauensvotum gegen Willy Brandt – gegen Zahlung von 50 000 DM aus der Kasse der HVA – für Brandt und gegen den Kandidaten seiner eigenen Partei gestimmt hatte. Auch in der SPD wirkten IM auf hoher politischer Ebene, darunter der Bonner Parteichef Rudolf Maerker, Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand sowie der Bundestagsabgeordnete Josef Braun.

Auf die politische Meinung im Westen wurde darüber hinaus mit zahlreichen „aktiven Maßnahmen" eingewirkt. Der Richtlinie 2/79 zufolge hatten diese das Ziel, mit Hilfe „operativer Kräfte, Mittel und Methoden den Feind bzw. einzelne feindliche Kräfte und Institutionen zu entlarven, zu kompromittieren bzw. zu desorganisieren und zu zersetzen; progressive Ideen und

„Die DDR hat mich gekauft", gesteht der ehemalige CDU-Abgeordnete Julius Steiner 1973 in der Illustrierten „Quick".
Karikatur von Peter Leger



STEINER-ENTHÜLLUNGEN AM LAUFENDEN BAND

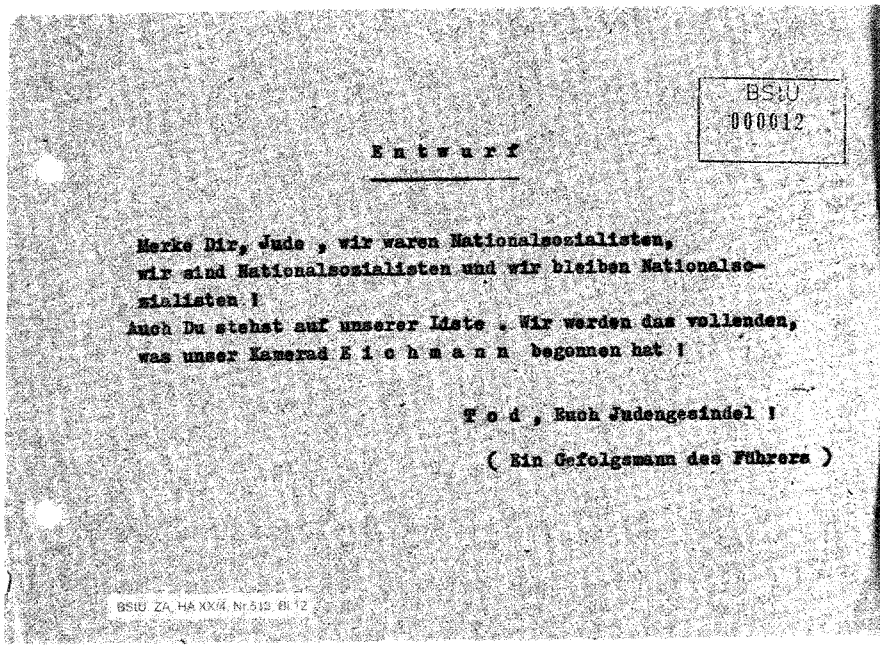
Gedanken zu verbreiten und fortschrittliche Gruppen und Strömungen im Operationsgebiet zu fördern; die Entwicklung von Führungspersönlichkeiten und solchen Personen zu beeinflussen, die bei der Bestimmung der öffentlichen Meinung eine besondere Rolle spielen". Der Einsatz der „konspirativen Kräfte, Mittel und Methoden" war dabei so vorzunehmen, „daß Ausgangspunkte, handelnde Personen und Zielsetzung der aktiven Maßnahmen verschleiert werden". So montierte das MfS 1977 im Rahmen der „Aktion Dschungel" das Protokoll eines abgehörten Telefongesprächs zwischen dem damaligen CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß und dem Chefredakteur des „Bayernkuriers" in ein Formular des BND, ergänzte es um eine Passage, der zufolge Strauß in einer Flugzeugaffäre belastende Akten beiseite geschafft hätte, und schickte es an die „Süddeutsche Zeitung", die darüber auf der Titelseite berichtete. Der Staatssicherheit gelang es auf diese Weise, nicht nur Strauß öffentlich in Misskredit zu bringen, sondern zugleich den Eindruck zu vermitteln, der BND höre westdeutsche Spitzenpolitiker ab, was er nicht darf. Ein Bundestagsuntersuchungsausschuss bemühte sich seinerzeit über zwei Jahre lang vergeblich darum, die Affäre aufzuklären. Die HVA unterhielt mit der Abteilung X eine eigene Diensteinheit, die – oft in Kooperation mit dem KGB – fortlaufend Maßnahmen dieser Art entwickelte und umsetzte.

Hinter den Klappen der Wandzeitung verbergen sich Karikaturen Bonner Politiker, denen die DDR Ende der 1950er Jahre eine nationalsozialistische Vergangenheit nachzuweisen versuchte

Getreu den zentralen Anweisungen beteiligte sich das MfS vor allem an generalstabsmäßig organisierten Kampagnen gegen Politiker der CDU/CSU. In den 1960er Jahren erwies sich dabei insbesondere der Vorwurf einer persönlichen Verstrickung in den Nationalsozialismus als wirksames Mittel, beispielsweise in den Kampagnen gegen Hans Globke, Theodor Oberländer, Heinrich Lübke, Kurt-Georg Kiesinger und Eugen Gerstenmaier. Im Fall des 1959 gewählten Bundespräsidenten Lübke war man bei der Suche nach Belastungsmaterial auf Barackenbauzeichnungen gestoßen, die das MfS anschließend mit einem Deckblatt versah: „Vorentwurf zur Erstellung eines KZ-Lagers für 2000 Häftlinge der Fa. Kalag bei Schacht VI in Neu-Staßfurt". Die DDR geißelte Lübke daraufhin jahrelang als „KZ-Baumeister" und lancierte die Vorwürfe

auch in westdeutsche Medien, bis der Bundespräsident 1969 kurz vor dem Ende seiner Amtszeit zurücktrat. Um die Bundesrepublik als antisemitisch zu diskreditieren, verfasste das MfS Anfang der 1960er Jahre sogar neo-nazistische Rundbriefe sowie Drohbriefe gegen überlebende Juden in Westdeutschland. Im Namen der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) sollte 1961 zum Beispiel ein Aufruf verschickt werden, „gemeinsam finanzielle Mittel zur Verteidigung Eichmanns zu schaffen und durch eine antisemitische Welle die Notwendigkeit der Judenvernichtung propagandistisch zu rechtfertigen".

Zur Schwächung der „feindlichen" und zur Förderung der „realistischen" Kräfte in der Bundesrepublik wurde das IM-Netz gezielt zum Einsatz gebracht. Vor Bundestagswahlen ließ Mielke beispielsweise einen zentralen Einsatzstab mit ihm selbst als Vorsitzendem bilden, dem die verschiedenen Abteilungen Maßnahmepläne zur Einflussnahme zu unterbreiten hatten. Auch westdeutsche Protestbewegungen wie die Studenten- oder die Friedensbewegung dienten nicht nur als Rekrutierungsfeld für neue West-IM, sondern wurden praktisch unterstützt und beeinflusst. So verfügte 1969 allein der Aufklärungsapparat in der West-Berliner Außerparlamentarischen Opposition (APO) – vor allem im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und im „Republikanischen Club" – über 17 IM und elf so genannte Kontaktpersonen, die zum Beispiel aktiviert wurden, um die Bundespräsidentenwahl in Berlin zu stören. Vom August 1981 ist ein ausführliches „Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD" überliefert, das unter anderem die „zentrale Steuerung des inoffiziellen Netzes" im Westen durch eine spezielle „Leitstelle" und die Einbringung von Initiativanträgen gegen den NATO-Doppelbeschluss beim Münchner Bundesparteitag der SPD vorsah. Allein die Gruppierung „Generäle für den Frieden" wurde den Erinnerungen von Markus Wolf zufolge jährlich mit 100 000 Mark unterstützt.


BSTU
000012

Entwurf

Merke Dir, Jude , wir waren Nationalsozialisten,
wir sind Nationalsozialisten und wir bleiben Nationalsozialisten !
Auch Du stehst auf unserer Liste . Wir werden das vollenden,
was unser Kamerad E i c h m a n n begonnen hat !

T o d , Euch Judengesindel !

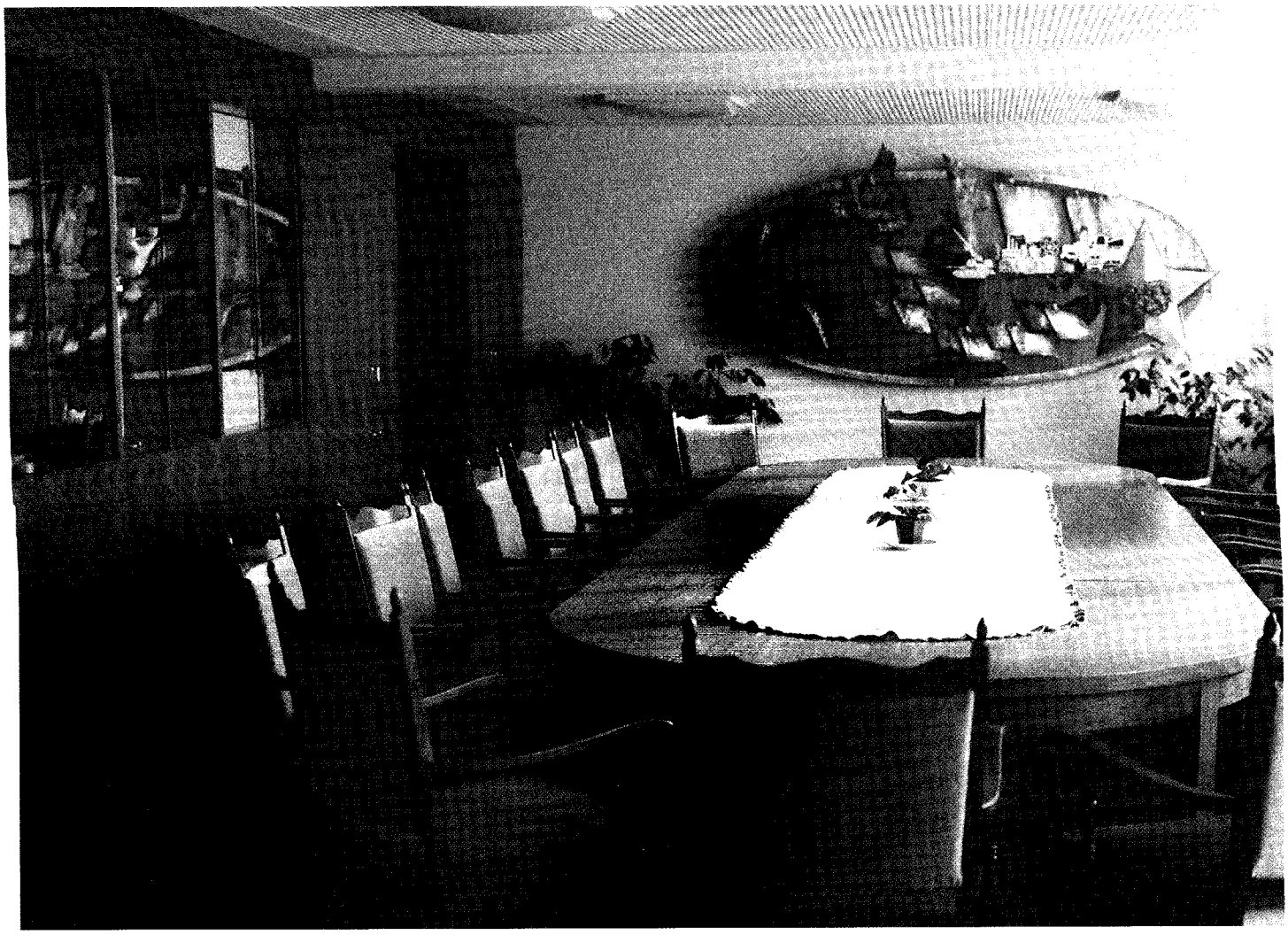
(Ein Gefolgsmann des Führers)

BSTU ZA, HA XX/4, Nr.513, Bl.12

Für eine fingierte Antisemitismuskampagne Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik entwarf das MfS auch diskriminierende Flugblätter

Spionage für den Frieden?

Während die zentrale Rolle des MfS bei der Sicherung der SED-Diktatur nach innen offen zutage liegt, wird seine „Westarbeit" in der Öffentlichkeit häufig anders bewertet und mit der Spionagetätigkeit anderer Staaten gleichgesetzt. Insbesondere ehemalige Mitarbeiter der HV A behaupten, dass sie mit dem Unterdrückungsapparat des MfS nichts zu tun gehabt und durch die von ihnen beschafften Informationen sogar einen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen Ost und West geleistet hätten. Dieses auch den IM vermittelte Selbstbild als selbstlose „Kundschafter des Friedens" hält einer näheren Prüfung indes nicht stand. Dagegen spricht nicht nur der Generalauftrag des MfS, die westliche Demokratie systematisch zu schwächen und nach Möglichkeit durch die „Diktatur des Proletariats" zu ersetzen. Dagegen steht auch die bereits skizzierte „Einheit von Abwehr und Aufklärung", wie sie von Mielke, Wolf und anderen leitenden Funktionären des MfS immer wieder betont wurde. Selbst wenn West-Agenten, die



Im „Saal der Waffenbrüderschaft" der HVA in Berlin, Anfang der 1980er Jahre. Der Wandschmuck vereinte die Symbole von Sozialismus und Auslandsspionage

in der Regel für ihre Tätigkeit honoriert wurden, ihren Verrat vor sich selbst durch uneigennützige Motive rechtfertigten, so hatten sie doch keinerlei Einfluss darauf, was mit ihren Informationen geschah. In keinem der überlieferten Dokumente kommt Verständnis für die Handlungen des Westens zum Ausdruck; vielmehr sind sie von starkem Hass geprägt, der das Gegenüber oft vollkommen verzeichnete.

Die HVA beteiligte sich zudem intensiv an der inneren Repression. Durch ihre DDR-IM – zum Beispiel Professoren oder Journalisten mit West-Kontakten – und durch die Überwachung zahlreicher Westdeutscher erfuhr sie häufig auch von „feindlichen" Absichten im eigenen Land. In Form von „Abwehrhinweisen", die die HVA zu tausenden aus ihrem IM-Netz gewann, wurden diese Informationen an die zuständigen MfS-Abteilungen weitergeleitet, die daraufhin ihre Gegenmaßnahmen, bis hin zu Verhaftungen, einleiteten. Erst recht galt dies für die über 200 mit „Westarbeit" befassten Diensteinheiten der so genannten Abwehr, die beispielsweise Fluchthelferorganisationen, ausgebürgerte Dissidenten oder westdeutsche Korrespondenten überwachten. Mit großem Aufwand ging das MfS zudem gegen Bundesbürger vor, die sich gegen die SED-Diktatur engagierten, darunter Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, kritische Journalisten oder Mitglieder der Grünen, die Kontakte zu Gleichgesinnten in der DDR unterhielten. Zu über 150 Gruppen und Institutionen – von der

„Aktion Sühnezeichen" bis zu den Zeugen Jehovas – erteilte Mielke 1985 den Auftrag, in „ihre Ausgangsbasen und Führungsgremien einzudringen, rechtzeitig und umfassend ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen zu erkennen" und „nachhaltig ihr Wirksamwerden in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu verhindern". In den 1950er Jahren wurden Regimekritiker, geflüchtete Funktionäre oder angebliche Spione in mehreren hundert Fällen in die DDR gelockt oder brutal entführt. HVA-Chef Wolf wurde deshalb 1997 wegen Entführung und Freiheitsberaubung in vier Fällen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.

Später umfasste die „operative Bearbeitung" von „Feindpersonen" im Westen vor allem die Kontrolle ihres Telefons, ihre Ausforschung durch IM sowie gezielt angelegte „Zersetzungsmaßnahmen", die die Betreffenden diskreditieren und zermürben sollten. Gegen den Vorsitzenden des West-Berliner Schutzkomitees „Freiheit und Sozialismus", Hannes Schwenger, wurden beispielsweise anonyme Briefe versandt, um seinen Ruf in der SPD zu untergraben. Seine Nachbarn sollten pornografische Bilder erhalten, die ihn als homosexuell hinstellten. Beim Bundeskriminalamt denunzierte man ihn als Verbindungsmann zu Terroristen und bei der Zollfahndung wegen angeblichen Schwarzhandels mit Waren aus dem DDR-„Intershop". Gegen den Schriftsteller Jürgen Fuchs entfaltete das MfS einen regelrechten Psychoterror, indem man ihn nachts ständig anrief, fortlaufend Notdienste in seine Wohnung bestellte sowie unzählige Waren anliefern ließ, die er nie angefordert hatte. Die Wirkung dieser Maßnahmen wurde regelmäßig überprüft, um entscheiden zu können, ob weitere in Gang zu setzen wären. In Einzelfällen – etwa gegen den Fluchthelfer Wolfgang Welsch oder den Fußballer Lutz Eigendorf – plante das MfS auch noch in den 1980er Jahren Mordanschläge.

Die 1955 in Bonn herausgegebene Broschüre dokumentiert Fälle von Entführungen durch das MfS

Für den Einsatz im Westen bildete das MfS seit den frühen 1950er Jahren auch spezielle Kampfkräfte aus, die auf Befehl „erfolgreiche Aktionen" gegen politische, wirtschaftliche und militärische Schwerpunktobjekte führen sollten. Sie waren darauf trainiert, im Kriegs- oder Krisenfall Anschläge auszuführen, Hinterhalte zu legen, Menschen zu liquidieren oder Panik erzeugende Maßnahmen auszulösen. Darüber hinaus organisierte die Staatssicherheit die Ausbildung einer geheimen Militärorganisation (MO) der DKP aus mehreren hundert Mitgliedern, die im Ernstfall als „Partisanen" tätig werden sollten. Ausgewählte West-IM hatten die Aufgabe, im Spannungsfall Anschläge zu verüben. Auf die Übernahme West-Berlins war das MfS mit der Planung eigener Kreisdienststellen sowie umfangreicher Verhaftungen vorbereitet.

Nach der Auflösung der Staatssicherheit im Jahr 1990 gingen die für die „Westarbeit" Verantwortlichen überwiegend straffrei aus. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes stellt Spionage, wenn sie vom Boden der DDR aus geplant wurde, keine Straftat dar. Aber auch Bundesbürger, die für das MfS gearbeitet hatten, wurden nach der Vereinigung nur selten bestraft.

Die Presse stürzte sich nach 1990 auf Enthüllungen über die Machenschaften der Staatssicherheit: Gegen prominente DDR-Flüchtlinge hatte das MfS Mordanschläge geplant